

Helmer, Joshua (2022): „Neuer Ordner. Wie die Politikwissenschaft die Debatte über Digitalisierung und Demokratie sortieren kann“ In: Demokratie-Dialog 11 (2022), S. 4–10.  
doi: 10.17875/gup2022-2117

# Neuer Ordner

Wie die Politikwissenschaft die Debatte über Digitalisierung und Demokratie sortieren kann

Joschua Helmer

**D**ie Auswirkungen der digitalen Transformation in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik haben anhaltende Konjunktur in der öffentlichen Debatte. Auch die Sozialwissenschaften beteiligen sich rege am Diskurs – bislang allerdings vor allem aus der Soziologie, wie Berg et al. konstatieren.<sup>1</sup> Jüngst zieht auch politische Theorie nach und sortiert gezielt das Verhältnis von Digitalisierung und Demokratie, um das Wesen und die Rahmenbedingungen von demokratischer Politik in der

digitalen Transformation offenzulegen: So entwickeln Berg et al.<sup>2</sup> in Auseinandersetzung mit soziologischer Theorie eine Heuristik der digitalen Konstellation und Oliver Hidalgo<sup>3</sup> empfiehlt auf Grundlage einer umfassenden Rezension, Digitalisierungsprozesse als „Brennglas“<sup>4</sup> zur Analyse der Demokratie zu nutzen. Aus einer eher empirisch geprägten Perspektive diskutiert bspw. ein Sammelband von Hofmann et

1 Berg, Sebastian/Rakowski, Niklas/Thiel, Torsten: Die digitale Konstellation. Eine Positionsbestimmung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 30 (2020), H. 2, S. 171–191.

2 Ebd.

3 Hidalgo, Oliver: Digitalisierung, Internet und Demokratie – Theoretische und politische Verarbeitungen eines ambivalenten Feldes, in: Neue Politische Literatur, Jg. 65 (2020), H. 1, S. 77–106.

4 Ebd., S. 104.

al.<sup>5</sup> aktuelle Forschungsstränge zum Verhältnis von Digitalisierung und Politik; Borucki und Oswald<sup>6</sup> schlagen korrespondierend eine stärkere theoretische Differenzierung der Forschungsgegenstände vor.

Der vorliegende Beitrag erörtert zunächst auf dieser Grundlage, welchen theoretischen wie empirischen Beitrag die Politikwissenschaft zur öffentlichen Debatte über den digitalen Wandel der Demokratie leisten kann. Anschließend wird aufgezeigt, wie sie durch die Berücksichtigung multidisziplinärer Forschungsstände, durch die Entwicklung einer Ethik der aufrichtigen Verkürzung und durch die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ihre Erkenntnisse gewinnbringend in eine breite Öffentlichkeit kommunizieren kann.

#### **Begriffliche Schärfe und mentale Modelle: Beiträge der Politischen Theorie**

Berg et al. führen das Konzept der Digitalen Konstellation zur politikwissenschaftlichen Analyse des Verhältnisses von Digitalisierung und Demokratie ein. In Auseinandersetzung mit der klassischen politikwissenschaftlichen Internetforschung einerseits und den jüngsten soziologischen Theorien der digitalen Gesellschaft andererseits entwickeln sie den Konstellationsbegriff als Heuristik, welche die Beschreibung der gewandelten Kontextbedingungen von Politik jenseits von unterkomplexen Kausalzusammenhängen ermöglichen soll. Dazu schlagen sie vor, drei Ebenen zueinander in Beziehung zu setzen: die Eigenschaften digitaler Technik, die

etablierte Nutzung dieser Technik sowie korrespondierende Institutionalisierungsprozesse wie etwa die Entstehung der aktuell vorherrschenden Plattformökonomie.

Während dieser Ansatz der Beschreibung des empirischen *Strukturwandels* zwischen technischer Innovation und sozialer Praxis dienen soll, sieht Hidalgo Digitalisierungsprozesse als Brennglas zur Beobachtung des theoretischen *Strukturverlusts* klassischer politikwissenschaftlicher Konzepte. Allgemein anerkannte Kategorien wie Repräsentation, Öffentlichkeit oder Volksherrschaft würden im Zuge der Digitalisierung verwischt und seien dadurch für eine neuerliche Betrachtung offen. Er kommt somit zu dem Schluss, dass gerade die Wechselwirkung von Digitalisierungsprozessen mit Politik und Gesellschaft die Digitalisierungsforschung zu einer herausragenden Perspektive der Demokratieforschung macht.

Die beiden Beiträge stehen exemplarisch für eine Reihe von Versuchen, das Verhältnis von Demokratie und Digitalisierung zu ordnen und in seiner Komplexität akkurat zu beschreiben. Letzteres führt zunächst zu einer Verkomplizierung der mentalen Modelle, in denen Digitalisierung gedacht und besprochen werden kann. Dadurch werden jedoch zentrale konzeptionelle Irrtümer der öffentlichen Debatte über Digitalisierung und Demokratie offengelegt. So verstellt etwa die intuitiv einleuchtende Vorstellung, die Demokratie werde „digitalisiert“, sowohl den Blick auf die aktive, auch subversive Aneignung von digitaler Technologie durch politische Akteure und die Regulierung von Technologie durch den Gesetzgeber als auch den Blick auf den grundlegenden Prozess, „in dem sich Gesellschaft und Technik in einer konkreten Weise dynamisch und fortlaufend in Beziehung setzen.“<sup>7</sup> Der spätestens seit der US-Präsidentenwahl 2016 herrschende Krisendiskurs hinsichtlich der digitalen Demokratie wiederum täuscht über die vielfachen analogen Ursachen

5 Hofmann, Jeanette et al. (Hrsg.): Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven, Bielefeld 2019.

6 Borucki, Isabelle/Oswald, Michael: Die Vision der Digitaldemokratie und die Realität – Versuch über einen Dialog, in: Borucki, Isabelle/Oswald, Michael (Hrsg.): Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung, Wiesbaden 2020, S. 3–15.

7 Berg/Rakowski/Thiel: Die digitale Konstellation, S. 182.

demokratischer Krisen hinweg und übersieht oftmals – was nicht unironisch ist – das zuvor überschätzte emanzipatorische Potenzial digitaler Technologie.

Der Ordnungsversuch über die Heuristiken der Konstellation oder des Brennglases ermöglicht hingegen, Digitalisierung als komplexes Phänomen zu sehen, das nicht vorherbestimmt, sondern veränderbar ist – und das nicht allein für die vielfach beklagten Krisen der Demokratie kausal verantwortlich ist, sondern diese Krisen vor allem verstärkt sichtbar macht. Digitalisierung wird so von einem quasi-natürlichen Phänomen, dessen Chancen es zu nutzen und dessen Risiken es zu minimieren gilt, zu einem von mehreren gleichzeitig ablaufenden Wandlungsprozessen, die demokratisch gestaltet werden können. Die Politische Theorie kann damit handlungsleitende mentale Modelle für die politische Bearbeitung von Digitalisierung bieten.

Die Herausforderung dieser Theoriedebatte liegt in ihrer empirischen Rückbindung: Konzepte auf diesem Abstraktionsniveau lassen sich nicht empirisch prüfen; als Heuristik oder Meta-Theorie schlagen sie vielmehr Rahmenbedingungen vor, unter denen empirisch prüfbare Hypothesen entwickelt werden können. Sie müssen sich stattdessen daran messen lassen, inwiefern sie mit empirischen Forschungsergebnissen besser in Einklang gebracht werden können als konkurrierende Modelle.

Neben dem Anliegen einer umfassenden Gegenwartsdiagnose der digitalen Demokratie und einer entsprechenden Weitung der Perspektive sollte eine ausdifferenzierte politikwissenschaftliche Digitalisierungsforschung<sup>8</sup> daher selbstverständlich auch die Erkenntnisse der disziplinären empirischen Forschung aufbereiten und sich entsprechend fokussieren. Borucki und Oswald<sup>9</sup> bereiten diesen Schritt in ihrer

theoretischen Auseinandersetzung mit dem Gegenstand vor und differenzieren die politikwissenschaftliche Debatte über Digitalisierung und Demokratie unter Rückgriff auf verschiedene Demokratietheorien: Eine Bedrohung der Privatsphäre durch staatliche wie privatwirtschaftliche Überwachung sowie asymmetrische Geschäftsbeziehungen auf den Märkten des digitalen Kapitalismus fassen sie als eine Bedrohung des liberalen Demokratiemodells der individuellen Freiheit auf; eine durch Digitalisierung beschleunigte soziale Differenzierung als eine Bedrohung des kommunitaristischen Modells einer politischen Gemeinschaft; digitale Öffentlichkeiten zuletzt als Herausforderung für das republikanisch-deliberative Demokratiemodell der Konfliktlösung durch öffentliche Debatten.

Für den FoDEX-Fachbereich „Digitale Öffentlichkeit“ ist dieser letzte Aspekt von besonderer Bedeutung, soll hier doch politikwissenschaftliche Grundlagenforschung zum digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit<sup>10</sup> und seiner Implikationen für Radikalismen und Radikalisierung im digitalen Raum an die breite Öffentlichkeit vermittelt werden.

### **Die Synthese multidisziplinärer Forschungsstände**

Auch für ein genuin politikwissenschaftliches Programm ist hierfür jedoch ein Blick in den Forschungsstand benachbarter Disziplinen notwendig. Insbesondere in der Erforschung digitaler Öffentlichkeiten sind die Medien- und Kommunikationswissenschaften, aber auch Arbeiten aus der Soziologie und der Informatik, bspw. zu Netzwerkanalysen, hochrelevant. Der Einfluss von strategischer Kommunikation politischer Akteu-

8 Hofmann et al.: Politik in der digitalen Gesellschaft.

9 Borucki/Oswald: Die Vision.

10 Zur theoretischen Analyse eines neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit vgl. auch Seeliger, Martin/Sevignani, Sebastian: Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie. Ein neuer Strukturwandel?, in: Leviathan, Jg. 37 (2021), S. 9–40.

re auf Individuen, die Auswirkungen der gesetzlichen Regulierung von sozialen Netzwerken auf den Feed der Nutzer:innen oder ideologische Verschiebungen einzelner Telegram-Kanäle im Verlauf der Corona-Pandemie sind vielschichtige Phänomene, die sich nicht disziplinär fassen lassen. Die multidisziplinäre Erforschung dieser Phänomene führt jedoch gleichzeitig zu einer konzeptionellen wie definitorischen Vielfalt innerhalb des Forschungsstands. Neben dieser disziplinären Differenzierung lässt sich auch eine regionale Differenzierung beobachten: Die Digitalisierung von Öffentlichkeiten ist ein globaler Prozess, der regional stark kontextabhängig aufgegriffen wird<sup>11</sup> – es gibt nicht die eine, sondern viele digitale Konstellationen, aus dem Brennglas wird ein Prisma.

Eine erste Strategie für den Transfer empirischer politikwissenschaftlicher Grundlagenforschung in die öffentliche Debatte sollte daher darin bestehen, diesen multidisziplinären Forschungsstand nicht nur für die Rechtfertigung und Einordnung der eigenen empirischen Arbeiten zu nutzen, sondern ihn für die breite Öffentlichkeit zu kondensieren und aufzubereiten. Dies ermöglicht eine Bestandsaufnahme gesicherter Erkenntnisse, die über die Aussagekraft der eigenen Forschung hinausgeht.

Gleichzeitig ist der Forschungsstand zu den Phänomenen digitaler Öffentlichkeiten durch methodische Herausforderungen begrenzt und weist somit auch ein strukturelles Nicht-Wissen auf. Ein zentraler Grund hierfür sind die nach wie vor eingeschränkte Datenverfügbarkeit für die Analyse sozialer Netzwerke und Messenger durch unabhängige Forschung. Noch weitaus größere Probleme bestehen in der Analyse von kausalen Zusammenhängen: Das betrifft etwa die Untersuchung der Personalisierung von Inhalten und Empfehlungen in sozialen Netz-

werken und möglicher Auswirkungen auf die politischen Einstellungen von Individuen. Die theoretisch vermuteten Zusammenhänge sind derart komplex, dass sie kaum vollständig empirisch geprüft werden können. Diese Komplexität erschwert zudem die Abschätzung quantitativer Effektgrößen – auch wenn signifikante Zusammenhänge zwischen der Nutzung sozialer Netzwerke und bestimmten Einstellungen gefunden werden, können diese kaum zu alternativen, gegenläufigen und ggf. auch „analogen“ potenziellen Einflüssen ins Verhältnis gesetzt werden. Vergrößert werden diese Lücken durch einen Mangel an international vergleichenden Studien, die relevante Kontextfaktoren identifizieren könnten.

### **Eine Ethik der „aufrichtigen Verkürzung“**

Auch diese aktuellen Grenzen des wissenschaftlichen Kenntnisstandes sollten in der öffentlichen Debatte berücksichtigt werden. Die Kommunikation eines derart ausdifferenzierten Wissens und strukturellen Nicht-Wissens jenseits der Wissenschaft ist jedoch herausfordernd und verhallt zu oft ungehört. So ist beispielsweise die Verantwortung von Filterblasen und Echokammern für eine Polarisierung der Gesellschaft ein Gemeinplatz der öffentlichen Debatte – wissenschaftlich jedoch nicht haltbar.<sup>12</sup> Abgeschlossene Diskursnetzwerke sind in Deutschland nur an den politischen Rändern zu finden,<sup>13</sup> die Nutzung sozialer Medien führt für viele User:innen sogar zu einer diverseren

11 Lorenz-Spreen, Philipp et al.: Digital Media and Democracy: A Systematic Review of Causal and Correlational Evidence Worldwide, in: SocArXiv, 22.11.2021, doi:10.31235/osf.io/p3z9v.

12 Rau, Jan P./Stier, Sebastian: Die Echokammer-Hypothese: Fragmentierung der Öffentlichkeit und politische Polarisierung durch digitale Medien?, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 13 (2019), S. 399–417.

13 Kersting, Norbert/Mehl, Max: Echokammern im deutschen Bundestagswahlkampf 2017. Die ambivalente Rolle der Prominenz, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 49 (2018), H. 3, S. 586–602.

Informationsrezeption.<sup>14</sup> Die in diesem Zusammenhang oft erwähnten Social Bots überhaupt akkurat zu identifizieren, ist nach wie vor kaum möglich.<sup>15</sup> Damit sich solche Erkenntnisse in der breiten Öffentlichkeit durchsetzen, müssen die Unsicherheiten, Grenzen und gesicherten Ambivalenzen des Forschungsstands zu den Phänomenen digitaler Öffentlichkeiten stärker kommuniziert werden.

Die Logiken öffentlicher Debatten erfordern jedoch im Gegenteil die plakative Zuspitzung und Verkürzung. Eine zweite Strategie ist daher eine Zuspitzung und Verkürzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, um Anschluss an die öffentliche Debatte finden zu können, ohne dabei die komplexe Erkenntnislage zu vernachlässigen. Insbesondere in der Reflexion der Rolle von Forschung in der Corona-Pandemie haben sich hier Grundzüge einer Ethik der aufrichtigen Verkürzung in der Wissenschaftskommunikation und Politikberatung herausgebildet.

Eine solche Ethik bewegt sich in mehreren Spannungsfeldern. Das erste lässt sich mit dem sozialwissenschaftlichen Klischee des „Es ist kompliziert“ zusammenfassen: Es besteht im kommunikativen Umgang mit Wissen und Nicht-Wissen. Die Herausforderung liegt darin, sowohl die Erkenntnisse als auch die Grenzen des Forschungsstands gleichberechtigt zu kommunizieren und letztere nicht nur als Einsichten darzustellen, bei denen lediglich der letzte Nachweis noch aussteht. Diese Differenzierung sollte aus der gesicherten Ambivalenz in Abgrenzung zu nach wie vor bestehenden Unsicherheiten heraus entwickelt werden: Zu-

nächst sollten die bekannten Grautöne des Forschungsstands von den blinden Flecken abgegrenzt werden. Erst danach sollte das zuge-spitzte Bild in schwarz-weiß folgen. Ein solcher Ausgangspunkt sensibilisiert für die Vorläufigkeit wissenschaftlicher Befunde und erhöht die Chance, dass auch Nicht-Wissen in der Rezeption berücksichtigt wird.

Das zweite Spannungsfeld besteht bei der Benennung von potenziellen politischen Handlungsbedarfen und eventuellen Empfehlungen für konkrete Instrumente der politischen Regulierung. Gerade bei einem komplexen Forschungsstand wie dem zu Phänomenen der digitalen Öffentlichkeit stellt sich die Frage, ob sich die Forschung in der Wissenschaftskommunikation auf eindeutig gesicherte Befunde zurückziehen sollte und ein potenzielles Problem dadurch ggf. unterschätzt, oder ob sie offensiv vor möglichen zukünftigen Entwicklungen warnen sollte und ein potenzielles Problem dadurch ggf. überschätzt. Eine ausgleichende Positionierung in diesem Spannungsfeld kann der Rückgriff auf strukturiert entwickelte Szenarien zu potenziellen zukünftigen Entwicklungen sein, die auf Basis des bislang gesicherten Forschungsstands entwickelt werden und in der Einordnung des Nicht-Wissens variiert werden.

### **Kooperationen mit Think Tanks, NGOs und Stiftungen**

Damit diese Anpassung an die Regeln der öffentlichen Debatte aufrichtig zum eigenen wissenschaftlichen Anspruch bleibt, ist deren durchgängige Beobachtung und ein Bewusstsein für die potenziellen politischen Implikationen der eigenen Forschung nötig. Eine dritte Strategie der Wissenschaftskommunikation sollte daher die stärkere Verknüpfung der universitären Politikwissenschaft mit zivilgesellschaftlicher Forschung sein.

Think Tanks, NGOs und Stiftungen publizieren regelmäßig hoch aktuelle und deskriptiv dichte

14 Dubois, Elizabeth/Blank, Grant: The echo chamber is overstated: The moderating effect of political interest and diverse media, in: *Information, Communication & Society*, Jg. 21 (2018), H. 5, S. 729–745.

15 Martini, Franziska et al.: Bot, or not? Comparing three methods for detecting social bots in five political discourses, in: *Big Data & Society*, Jg. 8 (2021), H. 2, S. 1–13.

Bestandsaufnahmen digitaler Öffentlichkeiten. Durch ihre Verknüpfung von Analysen mit wissenschaftlichem Anspruch mit einer kontinuierlichen Teilnahme am politischen Diskurs leisten sie empiriebasierte Politikberatung und positionieren sich ggf. mit Handlungsempfehlungen. Sie schließen meist an aktuelle politische Diskussionen an, etwa zur Plattformregulierung durch das NetzDG und die Auswirkungen von volksverhetzenden oder beleidigenden Inhalten.<sup>16</sup> Zivilgesellschaftliche Forschung ist oft in der Lage, schnell auf neue diskursive Entwicklungen zu reagieren und die entsprechenden Analysen in die öffentliche Debatte zu überführen, etwa durch ein kontinuierliches Monitoring sozialer Netzwerke. Gleichzeitig ist sie jedoch – insbesondere durch weit kürzere Projektlaufzeiten als in der schon prekären universitären Forschung üblich – in der Abstraktion von über den konkreten Fall hinaus verallgemeinerbaren Erkenntnissen oft eingeschränkt.

Die politikwissenschaftliche Grundlagenforschung sollte inhaltlich komplementär und persönlich vernetzt zu dieser Expertise arbeiten. Dies umfasst eine umfassende Begriffsarbeit und Theorieentwicklung und eine dementsprechende Abstraktion eigener und rezipierter empirischer Arbeiten. Gleichzeitig bieten der damit einhergehende Fokus auf einer exakten Konzeptbildung und die wissenschaftliche Qualitätskontrolle des Peer-Reviews ein starkes Korrektiv zu den Mythen und teilweise unglücklichen Verkürzungen des alltäglichen Diskurses. Hinzu kommt die in der Disziplin angelegte Differenzierung zwischen normativer Theoriearbeit, kritischer Analyse und Forschung mit Objektivitätsanspruch, die auch in der Wissenschaftskommunikation aufrechterhalten werden muss. Zuletzt erlaubt der universitäre Kontext

eine stärker erkenntnis- statt problemorientierte Forschung.

Durch eine stärkere persönliche Kooperation zwischen wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Analyse kann ein Transfer der jeweiligen Stärke unmittelbar Früchte tragen: Forscher:innen in stärker empirisch getriebenen, kurzfristigen Projekten der Zivilgesellschaft können in der Konzeptionsphase auf aktuelle Theorie- und Begriffsarbeit zurückgreifen und ein Publikum für projektübergreifende verallgemeinerbare Erkenntnisse finden, während Forscher:innen aus der universitären Politikwissenschaft einen schnelleren Anschluss an neue Entwicklungen im Feld nutzen und einen niedrigschwiligen Einblick in aktuelle politische Debatten zu ihrem Forschungsgegenstand erhalten können.

## Fazit

Der FoDEX-Fachbereich Digitale Öffentlichkeit hat die Aufgabe, politikwissenschaftliche Grundlagenforschung zu Phänomenen von Radikalismus und Radikalisierung in digitalen Öffentlichkeiten zu betreiben und für die interessierte (fach)politische Öffentlichkeit aufzubereiten. Dies umfasst die Analyse von Infrastrukturen digitaler Öffentlichkeiten wie sozialen Netzwerken und Messengern, von Interaktionen, Netzwerken und Communitys im digitalen Raum sowie von Inhalten und Ideen, die im digitalen Raum geteilt werden.<sup>17</sup> Entlang dieser Kategorien führt der Fachbereich empirische Studien

16 So verfolgt etwa die Bundesarbeitsgemeinschaft „Gegen Hass im Netz“ das Ziel, Forschung und Zivilgesellschaft für eine „evidenzbasierte Praxis gegen digitalen Hass“ zusammenzubringen. Vgl. BAG gegen Hass im Netz: Wissen, wie das Netz bewegt, <https://bag-gegen-hass.net/> [eingesehen am 31.08.2022].

17 Aus dieser Überlegung heraus erarbeitet der Fachbereich Digitale Öffentlichkeit zurzeit eine Studie, in der die politische Nutzung von Messenger-Diensten in Niedersachsen auch jenseits des gängigen Fokus auf Desinformation oder radikale Inhalte untersucht wird. Derart verallgemeinerbare Erkenntnisse über die Rolle von Messengern in der politischen Kommunikation, Information und Koordination kontextualisieren wiederum die Analyse von Desinformation und radikalen Inhalten.

mit einem regionalen Fokus auf Niedersachsen durch, bettet diese Erkenntnisse in die Dynamik des internationalen und multidisziplinären Forschungsstands zum Forschungsgegenstand ein und kommuniziert die Ergebnisse an die politische Öffentlichkeit.

Ein solches Vorhaben muss sich mehreren Fallstricken widmen, die hier diskutiert wurden. Der vorliegende Beitrag stellt dementsprechend eine Selbstverortung des Fachbereichs für diese Aufgabe zwischen Forschung und Wissenschaftskommunikation dar und möchte darüber hinaus die interessierte Öffentlichkeit zu einer Fortführung der Diskussion einladen.

Bild: David Ausserhofer



**Joschua Helmer** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) und am Lehrstuhl des Instituts für Demokratieforschung der Universität Göttingen. Zuvor war er am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung als Referent für die AG „Digitalisierung und Demokratie“ der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina tätig.

#### Literatur:

BAG gegen Hass im Netz: Wissen, wie das Netz bewegt, <https://bag-gegen-hass.net/>, [eingesehen am 31.08.2022].

Berg, Sebastian/Rakowski, Niklas/Thiel, Torsten: Die digitale Konstellation. Eine Positionsbestimmung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 30 (2020), H. 2, S. 171–191.

Borucki, Isabelle/Oswald, Michael: Die Vision der Digitaldemokratie und die Realität – Versuch über einen Dialog, in: Borucki, Isabelle/Oswald, Michael (Hrsg.): Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung, Wiesbaden 2020, S. 3–15.

Dubois, Elizabeth/Blank, Grant: The echo chamber is overstated: The moderating effect of political interest and diverse media, in: Information, Communication & Society, Jg. 21 (2018), H. 5, S. 729–745.

Hidalgo, Oliver: Digitalisierung, Internet und Demokratie – Theoretische und politische Verarbeitungen eines ambivalenten Feldes, in: Neue Politische Literatur, Jg. 65 (2020), H. 1, S. 77–106.

Hofmann, Jeanette/Kersting, Norbert/Ritzi, Claudia/Schünemann, Wolf J. (Hrsg.): Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven, Bielefeld 2019.

Kersting, Norbert/Mehl, Max: Echokammern im deutschen Bundestagswahlkampf 2017. Die ambivalente Rolle der Prominenz, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 49 (2018), H. 3, S. 586–602.

Lorenz-Spreen, Philipp/Oswald, Lisa/Lewandowsky, Stefan/Hertwig, Ralph: Digital Media and Democracy: A Systematic Review of Causal and Correlational Evidence Worldwide, in: SocArXiv, 22.11.2021, DOI:10.31235/osf.io/p3z9v.

Martini, Franziska/Samula, Paul/Keller, Tobias R./Klinger, Ulrike: Bot, or not? Comparing three methods for detecting social bots in five political discourses, in: Big Data & Society, Jg. 8 (2021), H. 2, S. 1–13.

Rau, Jan P./Stier, Sebastian: Die Echokammer-Hypothese: Fragmentierung der Öffentlichkeit und politische Polarisierung durch digitale Medien?, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 13 (2019), S. 399–417.

Seeliger, Martin/Sevignani, Sebastian: Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie. Ein neuer Strukturwandel?, in: Leviathan, Jg. 37 (2021), S. 9–40.